

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Die Antwort der Bürger auf das Durchpeitschen des "Lissabon-Vertrags":

Überparteiliches VOLKSBEGEHREN für den AUSTRITT aus der EU

Für die Zukunft Österreichs als eigenständiger, nur seinen Bürgern verpflichteter Staat müssen diese ihr Schicksal nun selbst in die Hand nehmen. Mit dem "Lissabon-Vertrag", der am 1.12.2009 auch in Österreich in Kraft getreten ist, ist die EU nun - entgegen allen schönfärberischen Behauptungen - zu einem STAAT mit eigener Rechtspersönlichkeit geworden, der die faktische Existenz der Mitgliedstaaten aufhebt. Die Befugnisse der EU-Zentralorgane sind derart weitgehend (die WEGWARTE hat in den letzten Jahren mehrfach darüber im Detail berichtet), daß man heute von eigenständigen EU-Staaten nicht mehr sprechen kann.

Man sieht das deutlich daran, wie die EU heute mit Griechenland umgeht, das nun **wie ein besetztes Land** unter EU-Kuratel gestellt wird. Wenn man sich die Schuldenstände der EU-Mitglieder ansieht, ist Österreich nicht so weit weg von Griechenland... Ausgerechnet EU-Kommissionspräsident Barroso, der selbst aus einem Land mit großen Finanzproblemen kommt (Portugal), maß sich nun die Bildung einer **WIRTSCHAFTSREGIERUNG** für die ganze EU an! Von ihm stammt ja auch der erhellende Ausspruch: "Die Banken sind für uns (wer ist "uns"?) systemrelevant, die lassen wir nicht untergehen." Die Bürger sind nicht systemrelevant...

Lassen wir nicht so mit uns

umspringen und das von vielen Mitbürgern hart erarbeitete Volksvermögen weiter an die EU verschleudern. Allein die jährlichen **Mitgliedsbeiträge** an die EU verschlingen Unsummen an Steuergeldern. Österreich gehört nach Deutschland zu den größten **Netto-Zahlern** der EU, d.h. wir zahlen Jahr für Jahr wesentlich mehr in die EU-Töpfe ein als wir von dort zurückbekommen - als sogenannte EU-"Förderungen"! Und das seit nunmehr 15 Jahren. Das muß endlich aufhören und das Geld wieder im Lande bleiben.

EINE WICHTIGE MEINUNG ZUM AUSTRITT AUS DER EU:

Die "**Werkstatt Frieden & Solidarität**" mit Sitz in Linz, wohl jene Gruppierung in Österreich, die durch viele seriöse Recherchen die Bedrohung der Neutralität durch die **Militarisierung der EU** durch Jahre hindurch immer wieder anprangert und bekämpft, schrieb in der Ausgabe ihrer Zeitschrift "Guernica" Nr. 3/2009 wörtlich (Auszug):

"... Gerade für Jene, die zwar die EU aus sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Gründen kritisieren, aber an ihre **Reformierbarkeit** geglaubt haben, ist das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ein Schlag ins Gesicht. Sie stehen vor der Wahl: Entweder ein paar Generationen lang (!) dem Phantasma einer "anderen" (sozialen, ökologischen ...) EU nachzulaufen,



Helfen auch Sie mit, dieses Volksbegehren bekannt zu machen! Hier Inge Rauscher "im Einsatz" dafür.

die es auf der Grundlage dieses Vertrags nicht gibt, oder aber eine **realistische Perspektive** ins Auge zu fassen: den Austritt aus dieser Union der Konzerne und Generäle.

Auch das ist ein steiniger Weg, der nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden kann, aber es ist eine realpolitische Perspektive - umzusetzen mit einer Abstimmung im Parlament und einer Volksabstimmung. Vor allem ist diese Perspektive notwendig, um in den aktuellen Kämpfen gegen **Sozialabbau, Privatisierung, Entdemokratisierung und Aufrüstung** nicht die Vorgaben und Tabus der EU-Verträge zum Tellerrand der eigenen Politik zu machen."

RAUS AUS "EURATOM"!

Wir empfehlen auch die Unterzeichnung des soeben anlaufenden **Volksbegehrens** "RAUS AUS EURATOM" seitens befreundeter Gruppierungen.

Die EURATOM, die "Europäische Atomgemeinschaft", ist Teil der "Europäischen Union" insgesamt, ebenso wie die "Währungs-Union", gilt aber völkerrechtlich trotzdem als eigener Vertrag. Somit kann man auch gesondert aus der EURATOM austreten wie auch aus der "Währungs-Union", dem EURO. Unterstützungs-Erklärungen für das VOLKSBEGEHREN RAUS AUS "EURATOM" können angefordert bzw. heruntergeladen werden bei der überparteilichen Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. u. Fax 0662/643567, E-mail: info@plage.cc, Internet: www.plage.cc

Seit dem Beitritt zur EU, also seit 1995 - durch über 15 Jahre hindurch - mußte Österreich **jedes Jahr zig Millionen Euro** für die Förderung der Atomenergie in den Atomstaaten der EU bezahlen, obwohl 81 % der Österreicher gegen die Nutzung dieser viel zu teuren und gefährlichen Energieform sind, die ja vor allem deshalb entwickelt wurde, weil ein Abfallprodukt der sogenannten

"friedlichen" Atomkraftwerke Plutonium ist, das zur Herstellung von Atombomben nötig ist.

Wenn Österreich aus der EU insgesamt austritt, bedeutet dies automatisch auch den Austritt aus der EURATOM und der Währungsunion, beides sind wichtige Gründe für das Volksbegehren für den Austritt aus der EU - aber eben nicht die einzigen. Die wirtschaftlichen, sozialen, demokratie- und umweltpolitischen Auswirkungen der EU insgesamt sind viel tiefgreifender und umfassender.

Das Ende des Euro

Dies ist der Titel einer DVD über einen Vortrag des bekannten Währungsexperten Prof. Wilhelm HANKEL, der von der IHU bereits im Oktober 2008 in Wien und Graz organisiert und durchgeführt wurde. Prof. Hankel sprach sich schon damals entschieden dafür aus, daß man die Banken, die sich verspekuliert hätten auf Kosten von Millionen Bürgern, zugrunde gehen lassen sollte wie andere Unternehmen auch und nicht durch öffentliches = Steuergeld künstlich weiter am Leben lassen sollte (damit sie ihren Managern weiter riesige Gehälter und Prämien aller Art zahlen können).

Er prägte auch den Satz, der die Zukunft bestimmen wird:

"Die Ehe zwischen Staat und Währung ist eine unauflöslliche!"

Das "Gift des Übernationalismus" (ein sehr treffender Ausdruck von Silvio Gesell) gilt in besonderem Ausmaß für die Währung und damit auch für den TEURO, der an den wirtschaftlichen Realitäten zerbrechen wird, wie sich ja heute immer mehr abzeichnet.

Sie können diese DVD von Prof. Hankel (111 Minuten Laufzeit inkl. Publikumsdiskussion) gerne bei uns mittels beiliegendem Erlagschein anfordern; Zusendung erfolgt prompt.

Kostenbeitrag zum Volksbegehren erbeten

Wir **danken** allen für Ihre bisherigen Kostenbeiträge für unsere Aktivitäten und bitten für die Großaktion eines bundesweiten Volksbegehrens um Ihre verstärkte Unterstützung. Wie bekannt, erhalten wir keinerlei Finanzierung vom Staat, von Parteien oder Interessensvertretungen. Unsere gesamte ehrenamtliche Arbeit wird ausschließlich von freiwilligen Spenden der Bevölkerung getragen.

Warum unser krankes Geldsystem zwangsläufig Finanzkrisen hervorbringt

von Dörte Diestel, Diplom-Volkswirtin, M.Sc.,
aus Hamburg/dzt. Glasgow

Seit im September 2008 die spektakuläre Lehman-Pleite den Beginn einleitete, was viele schon jetzt als „The Greater Depression“ bezeichnen, überbieten sich so-genannte Experten mit Analysen und Statements zur Frage aller Fragen: Wie konnte es bloß zu diesem Crash kommen? Leider werden zumindest in den "Zeitgeist"-Medien nur sehr selten die **wahren Ursachen** beleuchtet, stattdessen reine Oberflächen"analyse" betrieben:

Mal fehlte es an ausreichender Bankenregulierung, dann haben Aufsicht und Rating-Agenturen versagt, oder die Boni der Bankster und Manager sind zu hoch, dazu kommen korrupte Politiker und die wahnsinnige Fed, die seit Jahren über niedrige Zinsen die Märkte mit billigem Geld geflutet hat, und zu allem Überfluß auch noch diese „Hausbesitzer“ in den USA, die dachten, man könne als Arbeitsloser mal eben eine Villa kaufen, die Bank werde es schon richten.

Alles nicht falsch, aber leider an den wahren Ursachen vorbei.

Was viele bei ihren Analysen übersehen (wollen? müssen?), sind die grundsätzlich **falsch angelegten Strukturen** unseres Geldsystems, die letztlich automatisch immer wieder in Krisen wie die aktuelle führen müssen. Was läuft schief? Und wie kommt es zu diesen Krisen?

Fortsetzung auf Seite 5

**Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.**

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

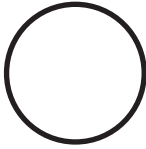
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren] AUSTRITT aus der Europäischen Union	[Allfällige Kurzbezeichnung] EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN	
Stark unrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen	
	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift	

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark unrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr) 	Gemeindegel 	Unterschrift	

Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
INITIATIVE HEIMAT & UMWELT, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)

Überparteiliches Volksbegehren für den AUSTRIE aus der EU zur Rettung der Lebensgrundlagen Österreichs

VOLKSWIRTSCHAFT

Heimische Betriebe mit einem Bezug zur Bevölkerung haben in einem übernationalen System immer weniger Chancen. Durch die EU-Mitgliedschaft kann Österreich keine Handelsverträge (die zum Schutz der Volkswirtschaft notwendig sind) mehr abschließen; die gesamte Handelspolitik ist „ausschließlich Angelegenheit der Eu-Zentralstellen“. Nur durch einen Austritt aus der EU kann Österreich die Entscheidungsbefugnis für die Wirtschaftspolitik zurückgewinnen zum (Wieder-) Aufbau einer krisensicheren Binnenwirtschaft.

SOZIALSTAAT

Das oberste Prinzip der EU, die so genannten „Freiheiten des MARKTES“, nämlich die uneingeschränkte, grenzenlose Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, sowie – am wichtigsten für die Konzerne – die **Kapitalverkehrsfreiheit**, ermöglichen eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Politik, die den meisten Menschen enorm schadet und vom europäischen Gerichtshof (EUGH) seit Jahrzehnten rigoros durchgesetzt wird. Für Sozialpolitik war und ist darin kein Platz. Steigende Arbeitslosigkeit, real sinkende Pensionen und immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich belegen dies.

GRENZEN

Es tut niemandem weh, an der Landesgrenze seinen Paß vorzuweisen. Die Abschaffung der Landesgrenzen durch die EU und damit der Wegfall jeglicher Kontrollmöglichkeit durch den Staat in Bezug auf Personen und Waren hat jedoch verheerende Folgen. Von der Erleichterung der **Kriminalität** bis zur ungehemmten Einfuhr illegaler oder schädlicher Waren. Wir brauchen wieder sinnvolle Grenzeinrichtungen zum Schutz der Bevölkerung!

NEUTRALITÄT

Neutralität bedeutet, daß der neutrale Staat eine **eigene** Außenpolitik betreibt (so wie die Schweiz), die sich strikt von jedem Militärpakt fernhält und damit dem Frieden dient. Durch die **EURO-Armee** jedoch, an der auch Österreich beteiligt ist, ist die EU selbst ein Militärpakt. Dazu kommt ihre starke Nähe zur NATO; der Großteil der EU Staaten ist auch NATO-Mitglied, vor allem die großen EU-Staaten. Im neuen „sicherheitspolitischen Konzept“ der österreichischen Bundesregierung wird demnach auch eine stärkere Einbettung Österreichs in internationale „Sicherheits-Strukturen“ vorgesehen und eine Betonung der NATO sowie der Beistandspflicht und der **Teilnahme an Kampfeinsätzen**.

Die Wiederaufnahme der NEUTRALITÄT als Grundlage der österreichischen (Außen-) Politik ist nur möglich bei einem Austritt aus der EU. Österreichs Jugend soll nicht irgendwo in der Welt in den Krieg ziehen müssen!

GENTECHNIKFREIHEIT

Aufgrund der vorgeschriebenen

„grenzenlosen Marktfreiheiten“ ist es einem EU-Mitglied nicht möglich, **Importe** von genmanipulierten Futtermitteln, „Industriekartoffeln“ oder Fertigprodukten mit genmanipulierten Inhaltsstoffen zu verhindern. Diese kommen damit in den Nahrungskreislauf, selbst wenn in Österreich kein genmanipuliertes Saatgut angebaut wird. Zu verhindern ist dies nur, wenn Österreich seine Lebensmittelgesetze wieder **selbst bestimmen** und an den Grenzen kontrollieren kann, was hereinkommt. Das ist nur möglich bei einem Austritt aus der EU.

EIGENE WÄHRUNG

Die Internationalisierung der Landeswährungen funktioniert nicht und ist ein wesentlicher Mitverursacher der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Die Übernahme der Defizite von finanzinstabilen Ländern durch finanzstabile, die Grundlage des EURO, macht alles nur noch schlimmer. Bei einem Austritt aus der EU könnte Österreich wieder seine eigene Währung aufbauen und damit auch der Teuerung entgegenwirken.

SO KÖNNEN SIE DAS VOLKSBEGEHREN UNTERSTÜTZEN:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem amtlichen Lichtbildausweis (Paß, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das Gemeindeamt bzw. magistratische Bezirksamt Ihres **Hauptwohnsitzortes** gehen.

2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung vor dem Beamten unterschreiben und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde dieses Original-Formular wieder **umgehend an uns retour senden**.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das **16. Lebensjahr** vollendet haben. Jedes Volksbegehren darf nur einmal unterschrieben werden. Sobald mindestens 8.032 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

WER SIND DIE BETREIBER DES VOLKSBEGEHRENS?

Eine überparteiliche Plattform von mehreren Organisationen und unabhängigen Initiativen, zu denen auch die INITIATIVE HEIMAT & UMWELT gehört.

KONTAKTADRESSEN:

Inge RAUSCHER, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel.02242/70516
Helmut SCHRAMM, E-mail: helmut.schramm1@chello.at

Fehler Nr. 1: Das Zinseszinsystem

Seit frühester Kindheit werden wir alle zum Sparen erzogen, es gibt ein Sparschwein von Oma und den Weltspartag, und wir fangen einfach an zu glauben, daß sich das Geld auf der Bank ganz von allein vermehrt (und daß das gut ist), denn dort gibt es ja Zinsen. Die meisten von uns hinterfragen überhaupt nicht, was Zinsen gesamtwirtschaftlich bedeuten. Das große Problem mit Zinsen ist, daß sie eine Gesellschaft systematisch **in die Verschuldung zwingen**. Denn: Die Zinsfunktion ist eine Exponentialfunktion, und das bedeutet, daß verzinste Vermögen exponentiell anwachsen. Um diese exponentiell anwachsenden Vermögen garantieren zu können, muß auf der anderen Seite (spiegelbildlich) die Verschuldung einer Gesellschaft exponentiell wachsen (also die Schulden von Privathaushalten, Unternehmen und Staaten), und das geht immer nur eine begrenzte Zeit gut, denn die reale Welt wächst im allgemeinen nicht unbegrenzt exponentiell - **unser Planet ist endlich**, das System stößt also regelmäßig an natürliche Grenzen.

Um sich besser vorstellen zu können, was eine Exponentialfunktion bedeutet, sei als Beispiel der berühmte „Josephspfennig“ genannt: Wenn Josef für Jesus damals vor 2000 Jahren einen einzigen Pfennig zu 5 Prozent Zinsen angelegt hätte, würde Jesus, sollte er heute wiederkommen, 187 Milliarden Erdkugeln (in Gold) besitzen. Hier wird schnell klar, daß unser aktuelles Geldsystem vollkommen irrational ist und unsere Gesellschaften auf geldpolitischem Wahnsinn aufgebaut sind, so daß man sich über immer wieder auftretende Krisen nicht weiter wundern muß (außer man arbeitet als Mainstream-Volkswirt für Banken).

Henry Ford: „Es ist gut, daß die Menschen des Landes unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen, denn sonst, so glaube ich, hätten wir noch vor morgen früh eine Revolution.“

Weiterhin bewirken Zinsen über

die Jahre eine immer **ungleichere Vermögensverteilung und Kaufkraft**. Denn: Der sich über Jahre und Jahrzehnte akkumulierende Zinseszins hat zur Folge, daß heute in sämtlichen Produkten (vom täglichen Liter Milch bis hin zum Eigenheim) ein Zinskostenanteil von etwa 40 – 45 Prozent enthalten ist (Schätzungen zum Beispiel von Helmut Creutz). Oder etwas einfacher ausgedrückt: In einem **zinsfreien System** würden unsere Lebenshaltungskosten um knapp die Hälfte sinken! Wenn aber ein immer größerer Anteil des Sozialprodukts für Zinsen und Zinseszinsen aufgebracht werden muß, bedeutet das auf der anderen Seite: Immer weniger Geld für sinnvolle Investitionen, für Arbeitsplätze, für Familien, für die Umwelt. Sparen, kürzen, sparen! müssen wir angeblich alle seit Jahren – kommt Ihnen das Mantra bekannt vor? Für was oder wen sparen wir eigentlich? Und wieso wird trotzdem alles immer schwieriger? Und können unsere Regierungen überhaupt noch sparen, wo doch der Zinseszins-Mechanismus gnadenlos immer weiterläuft?

Fehler Nr. 2: Private Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken

Das nächste Problem unseres Geldsystems liegt in der Art, wie Geld geschöpft wird und in den Geldkreislauf gelangt. Viele glauben immer noch, daß ihre gute alte Hausbank nur das Geld verleiht, welches ihr dazu von jemand anderem zur Verfügung gestellt wurde. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein! Was Geschäftsbanken (und Zentralbanken auch) tun, ist folgendes: Aufgrund des immer weiter zunehmenden bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Tatsache, daß immer weniger bar abgehoben wird, können Banken einfach einen bestimmten Prozentsatz des Guthabens vom Girokonto weiter verleihen und dafür Zinsen nehmen, obwohl ihnen das Geld dazu nicht anvertraut wurde. Aber: **Es gibt kein Gesetz, welches diese Praktiken unterbinden würde**.

Außerdem können Banken das nicht vom Girokonto abgehobene

Geld als Grundlage benutzen, um darauf weiteres Geld (buchstäblich aus dem Nichts) zu schöpfen, aus dem Nichts zu erschaffen (die Zahlen werden einfach in den Computer eingetippt, das machen die wirklich so). Im Normalbetrieb müssen zwar gewisse Vorschriften eingehalten werden (Stichwort: Mindestreserve), aber dennoch: Geschäftsbanken erschaffen aus dem Nichts Geld, verleihen es und nehmen dafür Zinsen. Das ist schon mehr als moderne Wegelagererei, und selbstverständlich führen derartige Praktiken über kurz oder lang in Krisen, denn natürlich **gibt es keinen realen Gegenwert für dieses Geld**, welches aber (als Schuld) mit Zins und Zinseszins getilgt werden soll. Wovon?

Fehler Nr. 3: Private Zentralbanken und ihr Schuldgeld

Viele nehmen an, daß unsere Notenbanken oder Zentralbanken öffentliche Institutionen seien – und schon wieder: weit daneben! Die meisten der heutigen großen Zentralbanken befinden sich in Privatbesitz (zum Beispiel die Federal Reserve und die Bank of England; die Europäische Zentralbank ist halbprivat). Das bedeutet im Klartext, daß eine kleine Minderheit unglaublich vermöglicher Menschen in absolut unlegitimierter Weise die geldpolitischen Geschicke unseres Planeten lenkt, und da im Allgemeinen gilt: „Geld regiert die Welt“ ...

Demokratische Grundsätze werden hier auf jeden Fall ausgehebelt. Unsere privaten Zentralbanken schaffen **Geld aus dem Nichts** (siehe oben), das von vorn herein mit Schuld und Zins belastet ist („Schuldgeld“). Als Beispiel sei die "Fed" (Federal Reserve) genannt, sie leiht dem US-Staat „großzügig“ ihr aus dem Nichts geschöpftes Geld, gegen die Forderung, diese Schuld mit Zinsen zu bedienen. Der Staat ist nun verschuldet, gibt das Geld aus und es kommt über diverse Staatsausgaben in den Umlauf. Was aus der Sicht der Zentralbank eine Forderung ist, ist aber aus der Sicht des Staates eine Schuld. Und: Man braucht für die Erfüllung der Staatsaufgaben wachsende Verschuldung, dazu kommen die

exponentiell anwachsenden Zinslasten (was weitere Verschuldung bedeutet) – und irgendwann logischerweise der Zusammenbruch der Schuldner oder die Entwertung der Forderungen (Inflation).

Wie entstehen die großen Krisen?

Die drei angesprochenen Punkte wirken über Jahre und Jahrzehnte in Kombination und lösen regelmäßig mittlere bis schwerste Krisen aus. Am Anfang eines jeden Zyklus (in Westeuropa zum Beispiel nach dem Zweiten Weltkrieg) spürt man die Problematik nicht so, da noch ausreichendes Wachstum generiert werden kann und die Zinslasten noch gering sind. Aber mit der Zeit kämpft jede Zinsgesellschaft einen Kampf gegen Windmühlenflügel, da ein immer größerer Anteil des Sozialprodukts für ständig steigende Zinseszinszahlungen aufgebracht werden muß, was gravierende Konsequenzen hat:

Es können immer weniger Investitionen getätigt werden (und/oder es muß mehr rationalisiert werden), in Folge steigt die Arbeitslosigkeit, was wiederum die Kaufkraft schwächt und damit Investitionen weniger rentabel macht. Außerdem führt die durch den Zinsmechanismus **immer krasser werdende Einkommens- und Vermögensverteilung** zu sinkender Nachfrage (die, die eigentlich konsumieren müßten, können es nicht mehr, weil sich immer mehr Geld bei immer weniger Reichen ansammelt), dafür nimmt die sozial oft schädliche (Finanz-)Deregulierung zu (irgendwo muß der benötigte Profit ja herkommen), Rating-Agenturen und korrupte Politiker schauen weg, schließlich werden immer mehr neoliberale Reformen durchgezogen (wobei man hier erkennen sollte, daß der Neoliberalismus nicht die Hauptursache der Probleme ist, sondern eher ein Anzeichen dafür, daß man sich dem Ende nähert, er ist eine Art letzter Strohalm, damit aus allem und jedem noch soviel wie möglich „herausgepreßt“ werden kann, um die steigenden Zinslasten zu bedienen).

Am Ende wirft man immer mehr Menschen das sogenannte „Billiggeld“ buchstäblich hinterher

(„Arbeitslose kaufen sich Villen“), Hauptsache Profit (und wenn er nur virtuell ist), denn das **Zins-Hamsterrad** dreht sich immer schneller und schneller. Insofern sind auch irgendwelche verschwundensüchtigen Geringverdiener nicht ursächlich schuld an der Krise – man kann sogar sagen, wenn diese nicht bereit gewesen wären, so viele Schulden zu machen, wäre das System schon viel früher zusammen gebrochen. Und da es sich bei unserem Geld eben um „Schuldgeld“ handelt, kann man auch sagen: Wenn alle Schulden auf einen Schlag zurückgezahlt würden, gäbe es kein Geld mehr. Ein solches System wird jedenfalls regelmäßig scheitern, es kann zu Deflation, später (Hyper)inflation und sogar Kriegen kommen, da die jahrzehntelang aufgebauten Spannungen irgendwie „gelöst“ werden müssen.

Außerdem treibt unser krankes Geldsystem auch schon vor seinen Zusammenbrüchen immer wieder diverse Krisen hervor, weil **durch die stetig steigenden Zinslasten Ausbeutung aller Art** nahezu systemimmanent angelegt ist (zum Beispiel Umweltprobleme, Kinderarbeit, Schuldenkrise der Dritten Welt). Es ist auch gesamtgesellschaftlich nicht möglich, aus der Schuldenfalle ernsthaft auszuweichen: Als Beispiel seien die USA genannt, die unter Clinton so gelobt wurden, weil er es kurzfristig geschafft hatte, die staatliche Neuverschuldung zurückzufahren. Aber was geschah gleichzeitig? Die private Verschuldung nahm zu (Immobilienkrise). Irgendwer muß die stetig anwachsenden Schulden machen ...

*Mayer Anselm Rothschild:
„Gebt mir die Kontrolle über das Geld einer Nation, und es kümmert mich nicht länger, wer die Gesetze macht.“*

Da anzunehmen ist, daß diejenigen, denen die privaten Zentralbanken dieser Welt gehören, über all diese Zusammenhänge Bescheid wissen, kann man auch annehmen, daß sie ganz bewußt solche Finanzkrisen auszulösen und zu steuern versuchen, um dabei selber maximalen Profit und maximale Kontrolle zu erringen. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat jedenfalls noch nicht

verstanden, daß sie **Schuldsklaven** sind, auch wenn sie persönlich keine Schulden haben. Von unserem aktuellen Zinssystem profitieren nämlich 85 Prozent einer Gesellschaft nicht – im Gegenteil, da bei ihnen die versteckten Zinskosten in den Produkten des alltäglichen Bedarfs plus ihre Hypotheken/Kreditkosten weit höher sind als das, was sie an Sparzinsen bekommen. Dazu muß man die gestiegene Arbeitslosigkeit und deren Kosten rechnen sowie grundsätzlich höhere Steuern. **Nur etwa FÜNF Prozent einer Gesellschaft profitieren netto von Zinsen!**

Mögliche Lösungen: Silvio Gesell und andere Visionäre

Einer der ganz großen Vordenker zum Thema Geld war der deutsch-argentinische Kaufmann Silvio Gesell (1862 – 1930). Gesell erkannte (angeblich in einer Art Vision) die beschriebenen Probleme und auch mögliche Lösungen innerhalb von etwa 30 Minuten. Aufgrund seiner klaren Analysen war er sogar in der Lage, bereits 1919 den Zweiten Weltkrieg vorherzusagen.

Freigeld

Um die negativen Auswirkungen des Zinssystems zu eliminieren, entwickelte Gesell das Konzept des sogenannten Freigelds. Er sah deutlich, daß Geld eine Art immanenten Vorteil gegenüber anderen Waren besitzt: Man kann es sehr leicht horten, wohingegen die allermeisten anderen Waren nach einiger Zeit verderben, unbrauchbar werden und/oder hohe Hortungskosten verursachen. Das ist der Grund, warum man auf Geldvermögen Zinsen quasi „erpressen“ kann (und das wird ja auch seit Jahrtausenden gemacht). Weiterhin erkannte Gesell, daß ein schlichtes Zinsverbot nichts bringen würde, da es immer irgendwie umgangen werden könnte. Also schlug er eine so genannte „**Umlaufgebühr**“ vor, und zwar auf gehortetes Geld (Ökonomen unterscheiden zwischen Horten und Sparen – gehortetes Geld ist Geld, das nicht sinnvoll gespart und damit dem Wirtschaftskreislauf zugeführt, sondern zum Beispiel für Spekulationszwecke gehalten wird).

Mit der Umlaufgebühr wären nun ein Anreiz geschaffen, Geld entweder (mittel- bis langfristig) ernsthaft **zu sparen** (um damit sinnvolle Investitionen tätigen zu können) oder es **auszugeben** (beides schafft Arbeitsplätze, und darum geht es). Die „Umlaufgebühr“ würde wie eine Art Steuer wirken und gerade die Halter großer Geldvermögen zum Umdenken (und -handeln) zwingen. Banken könnten ihnen immer weniger Zinsen anbieten, da über die Umlaufgebühr die Möglichkeit der Zins-„Erpressung“ Stück für Stück ausgehebelt würde - man würde quasi gezwungen, sich volkswirtschaftlich sinnvoll zu verhalten: entweder sparen oder konsumieren, wie sollte man da noch Zinsen verlangen? So könnte der Zins mittelfristig gegen Null sinken (was bereits in mathematischen Modellen simuliert wurde, sie bestätigen Gesells Theorie). Damit wären einerseits die schädlichen Folgen des Zinssystems eliminiert und andererseits auch die des Hortens. Es gibt verschiedene Vorschläge zur praktischen Umsetzung einer Umlaufgebühr, heute könnte man das sicher sehr einfach elektronisch machen.

Weiterhin schlug Gesell vor, daß man bei der Einführung von Freigeld auch eine **Bodenreform** organisieren sollte („**Freiland**“). Er war Kaufmann und wußte daher sehr genau, wie Spekulanten agieren. Sobald das Zinspiel nicht mehr funktioniert, so ahnte Gesell, würden sie einfach „in Boden gehen“ und mit Land weiter spekulieren. Also schlug er vor, daß (interessanterweise wie bei den Indianern!) der Boden allen gehören sollte (sprich: dem Staat). Der solle ihn aber nicht sozialistisch verwalten, sondern dem jeweils Meistbietenden zuteilen, also nach marktwirtschaftlichen Prinzipien agieren. **Wir wären alle Pächter**, ob nun als Unternehmer oder Hausbesitzer, und müßten Bodenpacht an den Staat entrichten. Gesell regte an, daß die Bodenpacht als eine Art „Mütterentgelt“ speziell an die Frauen gezahlt werden sollte, damit sie über ein eigenes Einkommen verfügen und nicht mehr von ihren Ehemännern abhängig wären bzw. aus Liebe heiraten könnten. Heute wäre im Fall solcher Reformen natürlich zu überlegen, ob man nicht auch Kindertagesstätten und

Krippen, Umweltprojekte oder ähnliches mit einer Bodenpacht finanzieren sollte. Natürlich müßte so etwas demokratisch entschieden werden.

Monetative

Silvio Gesell war auch klar, daß eine Reform der Zentralbanken dringend erforderlich ist, und er dachte daher sein „**Währungsamt**“. Eine gut funktionierende Zentralbank darf weder in Privatbesitz noch in Regierungshand sein, und sie muß streng darauf achten, daß **Geldmenge und Gütermenge stets identisch** sind, um De- oder Inflation zu vermeiden. In Kombination mit den oben angesprochenen Reformen wäre das auch machbar. Professor Irving Fisher sprach von „**100% money**“, also Geld, das zu 100% durch echtes Bargeld (Zentralbankgeld) gedeckt sein muß. Professor Joseph Huber stützt sich teilweise auf Fisher und arbeitet an Konzepten zu „**Vollgeld**“ (bedeutet eine Umwandlung von Giro Guthaben in Zentralbankgeld, um so die Geldschöpfung durch Privatbanken unmöglich zu machen).

Professor **Bernd Senf** und andere sind gerade dabei, Gesells Währungsamt weiter zu entwickeln, und schlagen eine so genannte „**Monetative**“ vor, in Ergänzung zu den drei bereits vorhandenen Säulen unserer westlichen Demokratien (Legislative, Exekutive und Judikative). Somit wird auch ganz deutlich, wie unser Geldsystem organisiert sein müßte: mit unabhängigen „Monetatoren“, ähnlich wie bei der Judikative, die mit einem klaren **Verfassungsauftrag zur Geldmengensteuerung** ausgestattet sind. Außerdem zeigt der Begriff sehr gut an, daß (zumindest bisher) beim Geld mit unserer Demokratie Schluß ist - was eine

große Gefahr für die anderen drei Säulen und unsere Gesellschaften als ganze bedeutet, wie wir derzeit live erleben können.

Interessanterweise werden Silvio Gesell und seine Theorien im klassischen Volkswirtschafts-Studium so gut wie **nicht behandelt**. Alles dreht sich (grob gesehen) entweder um die Neoklassik (die grandios versagt hat) oder um **John Maynard Keynes**, der für Krisen wie die aktuelle massive staatliche Investitionen, zur Not - Sie ahnen es - über weitere Verschuldung empfahl. Angeblich soll er sogar von Gesell abgeschrieben haben, seine berühmte Theorie der „Liquiditätsfalle“ (bedeutet, daß im Extremfall einer Wirtschaftskrise die Akteure lieber liquide bleiben und nicht mehr investieren, egal, wie weit man die Zinsen senkt, was verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt hat, siehe 1929) wurde im Grunde von Gesell entwickelt, Keynes hat aber auf jeden Fall dessen wichtigste Erkenntnisse und Lösungsvorschläge weggelassen.

Jedoch konnte er sich zu folgender Prophezeiung durchringen: „**Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird**“.

Dörte Diestel

Kontaktmöglichkeiten per E-Mail: diesteld@aol.com oder schriftlich per Briefpost an die WEGWARTE.

Anmerkungen der Redaktion der WEGWARTE:

Zum Inhalt dieses Gast-Artikels von Fr. Diestel gäbe es noch vieles Nähere und Ergänzendes dazu zu erörtern. Bei Interesse unseres großen Leserkreises sind wir gerne bereit, in den nächsten WEGWARTE-Ausgaben weiter darüber zu berichten.

Bücher zum Thema:

Silvio Gesell: "Die natürliche Wirtschaftsordnung".

Bernd Senf: "Die blinden Flecken der Ökonomie", "Der Nebel um das Geld", und "Der Tanz um den Gewinn".

Joseph Huber/James Robertson: "Geldschöpfung in öffentlicher Hand".

Irving Fisher: "100 % Geld".

Internet-Adressen zum Thema:

http://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell

<http://de.wikipedia.org/wiki/Freiwirtschaft>

Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung: <http://www.inwo.de>

www.berndsenf.de

www.monetative.de

www.regiogeld.de

AKTIONSTAGE FÜR DEN AUSTRITT AUS DER EU

Info-Tour zum Volksbegehren April und Mai 2010

jeweils von 9 bis 15 Uhr

außer bei extremem Schlechtwetter oder sonstiger "höherer Gewalt"

WIEN-KAGRAN / 22. Bezirk:

Mittwoch, 7. April

Schrödingerplatz, vor'm Bezirksamt

WIENER NEUSTADT:

Mittwoch, 5. Mai

Neunkirchnerstraße, beim Rathaus

WIEN-HERNALS / 17. Bezirk:

Donnerstag, 8. April

vor'm Einkaufszentrum beim Elterleinplatz

GRAZ:

Donnerstag, 6. Mai

Schmiedgasse, beim Amtshaus

WIEN-MEIDLING / 12. Bezirk:

Freitag, 9. April

Schönbrunnerstraße, vor'm Bezirksamt

FÜRSTENFELD

Freitag, 7. Mai

Augustinerplatz, beim Stadtamt

STEYR:

Montag, 12. April, und

Dienstag, 13. April

Stadtplatz, Nähe Magistrat

GLEISDORF:

Montag, 10. Mai, und

Dienstag, 11. Mai

Rathausplatz, beim Stadtamt

LINZ:

Mittwoch, 14. April, und

Donnerstag, 15. April

Hauptstraße, beim Neuen Rathaus

HARTBERG:

Mittwoch, 12. Mai

Hauptplatz, beim Rathaus

Wir werden die kommenden zwei Jahre vor allem der **Basisarbeit zur Einleitung des Volksbegehrens** für den Austritt aus der EU widmen, d.h. persönliche Gespräche darüber mit vielen tausend Mitbürgern in ganz Österreich führen und mittels Informations-Ständen das Anliegen bekannt machen. Die Termine im April und Mai sind hier angeführt. Im Juni und Juli sind weitere Termine in der Steiermark, in Kärnten und Osttirol, in Salzburg und Oberösterreich vorgesehen. In Wien wird die Haupt-Informationsarbeit "auf der Straße" - dem wichtigsten Diskussionsort der Bürger untereinander und damit der Demokratie überhaupt - von befreundeten Gruppierungen getragen werden, die sich schon bei früheren gemeinsamen Aktionen sehr bewährt haben.

Diese **Informationsreisen quer durch die Bundesländer** mit allen Vor- und Nacharbeiten sind sehr Zeit- und auch Kosten-intensiv: sie erfordern umfangreiche Planung, die laufende Bereitstellung der dazu nötigen Drucksachen wie Flugblätter, WEGWARTEN, Broschüren, Videos usw. in großer Auflage, Plakate für Ständer, Transparente, den täglichen Auf- und Abbau des mobilen Straßenstandes und der gesamten sonstigen Ausrüstung vor Ort inkl. Megaphon, die vorgeschriebenen Meldungen aller Aktionstage an die jeweiligen Behörden, die Organisation der Mitarbeiter usw. usf. Bei allen angeführten Terminen wird auch Inge Rauscher für Auskünfte aus erster Hand zur Verfügung stehen. Weitere Helfer dafür jederzeit willkommen!

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
02. März 2010

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

20. Jahrgang, Folge 1, März 2010

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer